

## Schweiz

# Der Absturz des Armeegegners

Heftig wogt der Streit um die Armee und ihre Flugzeuge. Doch einer der schärfsten Kritiker bleibt weitgehend aussen vor: der abgewählte Zuger Nationalrat Jo Lang. Er trägt schwer daran. *Ein Porträt von Jean-Martin Büttner*

Sein wichtigstes Mandat hat er verloren, dabei hätte er es so nötig. Gerade jetzt, da seine Positionen wieder so gefragt sind. An der letzten Session entschied sich der Nationalrat dafür, die Schweizer Streumunition zu vernichten, der Antrag war von Jo Lang gekommen. Anfang Jahr reichte die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee ihre Initiative für die Aufhebung der Wehrpflicht ein, Jo Lang war bei der Veranstaltung dabei, aber nicht mehr als Parlamentarier.

Ausserdem streiten Lobbyisten und Politiker seit Monaten um das neue Kampfflugzeug, das die Schweizer Armee anschaffen will. Jo Lang kämpft generell gegen neue Kampfflugzeuge, egal, aus welchem Land sie kommen und wie viel sie kosten. Erstens sieht er ihren Sinn nicht ein. Zweitens führe der Kauf, sagt er, zu unsinnigem Sparen im Zivilen. Drittens müsse die moderne Schweiz den Frieden sichern helfen, dazu brauche es keine Flieger. Und viertens liebt er es über alles, möglichst vielen möglichst ausführlich zu sagen, was er denkt und findet.

### Um Jahre gealtert

Jo Lang ist an all den finsternen Themen dran, kann aus dem Gedächtnis Zahlen und Fakten zitieren, hat auf alle Argumente eine Entgegnung parat. Er kann aus der Hüfte heraus begründen, warum die Armee in einer tiefen Krise steckt und warum ausgerechnet die Traditionalisten ihr am meisten schaden. Aber es passt nicht mehr zusammen: Rhetorik und Mimik vermitteln das Gegenteil voneinander. Seine Worte klingen kämpferisch, seine Körpersprache wirkt resigniert.

Der Linke aus dem reichen Zug, der Bauernbub aus einer Grossfamilie, der promovierte Historiker, der Berufsschullehrer mit kantonalem Berufsverbot, der Fichierte, der Hartnäckige: Jo Lang war immer von einem Anliegen beseelt. Er war immer von der Sache und von sich selber begeistert. Jetzt wirkt er gedrückt, geradezu antriebslos. «Jede Abwahl ist eine Kränkung», sagt er mit tonloser Stimme. «Wer das nicht so erlebt, hat sein Amt nicht ernst genommen, also war er eine Fehlbesetzung.»

Man glaubt ihm aufs Wort. Die Politik machte den 57-Jährigen jung, jetzt sieht er um Jahre gealtert aus. Er hat etwas Gebücktes, Falten durchschneiden das Gesicht, der Blick hat etwas Unbestimmtes, das Lachen klingt angestrengt. Jo Lang war Funker im Militär; er sendet immer noch Signale aus, scheint sich aber nicht mehr sicher zu sein, ob sie noch ankommen.



Alt-Nationalrat Jo Lang: Seine Worte klingen kämpferisch, seine Körpersprache wirkt resigniert. Foto: Herbert Zimmermann (13 Photo)

Er hatte seine Abwahl nicht kommen sehen, war aber nicht allein damit; niemand hatte sie kommen sehen. Zwar machte Lang viel mehr Stimmen als vor acht Jahren, als er zum ersten Mal in den Nationalrat gewählt worden war. Dennoch fehlten ihm am Ende 150 Stimmen für eine dritte und letzte Amtszeit, «ein so knappes Resultat war besonders bitter», sagt er. Die CVP und der Freisinn waren eine Listenverbindung eingegangen, um ihn aus dem Rat zu werfen. Das sei aber nur deshalb gelungen, sagt Lang, weil die SP ein rekordtiefes Resultat gemacht habe. Der Abgewählte zitiert Zahlen, als helfe die Arithmetik über die Kränkung hinweg. Er redet über den Wahltag, als sei es gestern gewesen.

Es ist ja nicht so, dass er nichts mehr zu tun hätte. Immer noch wird er bei vielen Themen um seine Meinung gefragt - jetzt auch bei den Kampfflugzeugen. Tapfer erzählt er davon, wie er wieder mehr zum Schreiben komme. Aber er möchte nicht schreiben, er möchte reden. Und er möchte nicht die Ratspolitik kommentieren, er möchte sie mitgestalten.

### «Knallhart ideologisch»

Jo Lang, der Politiker aus Leidenschaft, der linke Moralist, der pastorale Dozent gegen Krieg, Öl und Kapital, hat seine wichtigste Bühne verloren. «Er interessierte sich brennend für alle Geschäfte», erinnert sich sein Parteikollege Daniel

Vischer, «und er hörte bis zuletzt nicht auf damit, seine politischen Gegner überzeugen zu wollen.»

Diese Hartnäckigkeit kam nicht überall gut an. Im persönlichen Umgang habe er Jo Lang als «ausserordentlich gewinnend» erlebt, erinnert sich Roland Borer, der Solothurner SVP-Mann. «Doch in der Sache blieb er knallhart ideologisch und verbissen, der typische Vertreter einer Kleinpartei, der niemals nachgeben darf.»

Manchmal zahlte sich diese Haltung aus, etwa als er den Nationalrat mit seinem Minderheitsantrag dazu brachte, für die Vernichtung der Schweizer Streumunition zu stimmen. Die Debatte musste Lang von der Zuschauertribüne

aus verfolgen. Dieser Tag sei für ihn bittersüss gewesen, erinnert er sich. Bitter, weil er den eigenen Antrag nicht selber vertreten können, süss, weil er die Mehrheit überzeugt habe.

«Das Amt im Nationalrat vereinigte ideal seine Fähigkeiten und seine Lust an der politischen Auseinandersetzung», sagt Hanspeter Uster, Jo Langs Freund und Parteikollege. «Umso brutaler war seine abrupte Abwahl.» Uster selbst hat seinen Abgang aus der Zuger Regierung lange überlegt, rechtzeitig angekündigt und leidet auch nicht an den Folgen der jäh gesunkenen Aufmerksamkeit - im Gegenteil.

### Hang zum Eigenlob

Dass Jo Lang die Abwahl so sehr kränkt, hat auch mit seinem narzisstischen Naturell zu tun. Der Mann neigt zum Dozieren, seine bevorzugte Redeform ist der Monolog. Und Zuhören ist nicht seine Stärke. Wie manche Linke neigt er dazu, den Eigennutz mit Empörung zu über-tönen, als dispensiere eine moralische Haltung vor der Frage nach den Motiven. Am meisten irritiert an ihm das scheinbar wegwerfende, dabei permanent applizierte Eigenlob. Nun gehören Eitelkeit und Egozentrik zum politischen Berufsprofil. Werden sie aber im Verzichtston einer falschen Bescheidenheit vermittelt, kommt dies schlecht an. Das erklärt vielleicht, warum Jo Lang bei Journalistinnen und Journalisten für seine Kompetenz so viel mehr geschätzt wird als für sein Auftreten.

«Ich habe sicher etwas Pastorales», räumt er ein, als man ihn auf solche Irritationen anspricht. «Man kann nicht über dreissig Jahre lang als Lehrer arbeiten, ohne dass das abfärbt.» Die Selbstverliebtheit sei halt die Kehrseite der guten Kommunikation: «Man muss Freude haben an dieser Rolle.»

Je länger das Gespräch dauert, desto mehr scheint ein Teil dieser Freude in ihn zurückzukehren. Präzis rechnet der Friedenspolitiker dem Verteidigungsminister vor, dass sich mit den zusätzlichen 600 Millionen Franken nicht eine grössere Armee und neue Kampffjets finanzieren lassen, nicht einmal die billigsten. Nachvollziehbar skizziert er die politische Strategie, mit der sich die Flieger im Rat, per Referendum oder im schlimmsten Fall über eine Volksabstimmung abschiessen lassen. Eindrücklich erinnert er daran, wie tief noch die Vorstellung in Schweizer Männern stecke, wonach «wehrhaft gleich ehrhaft und wehrlos gleich ehrlos».

So hadert er, erklärt, mahnt, tadelt, doziert und irritiert. So einer ist mitunter schwer zu ertragen. Und noch viel schwerer zu ersetzen.

## Erfolglos politische Gegengeschäfte bei Jet-Kauf angepeilt

Die politischen Wogen rund um den Kampfjet-Kauf gehen weiter hoch: Verteidigungsminister Ueli Maurer räumt am Wochenende in Zeitungsinterviews ein, er habe erfolglos versucht, den Kampfjet-Kauf mit anderen politischen Geschäften zu verknüpfen. Deutschland, Frankreich und Schweden seien zwar bereit gewesen, über militärische Zusammenarbeit zu diskutieren - nicht aber über andere Bereiche wie etwa Steuern. Frankreich habe ihm zwar zunächst Bereitschaft zu politischen Zugeständnissen signalisiert. Später habe ihm der Verteidigungsminister jedoch erklärt, dass eine Verknüpfung leider nicht möglich sei, sagte Maurer.

Weiter erklärte er, die Offertenrunde sei zwar abgeschlossen. Es sei aber denkbar, dass etwa der deutsche oder der französische Staat eine alternative Offerte einreiche und diese vielleicht mit einem politischen Angebot verbinde.

Die Konkurrenz-Jets des schwedischen Gripen Fräken laut Maurer fast eine Milliarde Franken teurer. Sowohl der Rafale als auch der Eurofighter würden über vier Milliarden Franken kosten. Der Kauf der 22 Gripen samt Lenk-waffen, Munition und Ausbildung kostet rund 3,1 Milliarden Franken. (SDA)

## Bürgerliche kritisieren Psychotherapie-Offensive des Departements Berset

Psychologen sollen vermehrt über die Krankenkassen abrechnen dürfen. Dies plant das Bundesamt für Gesundheit. Politiker reagieren skeptisch.

### Von Fabian Renz

Der neue SP-Gesundheitsminister Alain Berset schickt sich an, Furore zu machen. Erst präsentierte er letzte Woche eine nach SP-Wünschen korrigierte Vorlage zur Aufsicht über die Krankenkassen. Nun hat sein Bundesamt für Gesundheit (BAG) übers Wochenende eine weitere provokante Idee lanciert: Laut «NZZ am Sonntag» will das BAG selbstständigen Psychologen ohne Medizinstudium ab 2013 den Zugang zur Krankengrundversicherung ermöglichen.

In der weitestgehenden Variante würden sie als «selbstständige Leistungserbringer» definiert. Ihre Dienste stünden jedermann offen, ohne dass es eine Zusatzversicherung oder eine ärztliche Zuweisung bräuchte. In der mildereren Variante müsste sich der Versicherte von einem Arzt dem Psychologen zuweisen lassen, worauf dieser mit der Krankenkasse abrechnet («Anordnungsmodell»).

Zu den finanziellen Auswirkungen existieren offenbar keine zuverlässigen Prognosen. Erklärte Absicht ist aber, dass mehr Schweizer psychotherapeutische Leistungen in Anspruch nehmen. «Es finden zu wenig Therapien statt angesichts dessen, was therapiert werden müsste», zitiert die «NZZ am Sonntag» einen BAG-Vertreter. Das Amt beruft sich auf Untersuchungen, nach denen nur ein Drittel aller Einwohner mit schwerer psychischer Belastung in Therapie gehe. Bei den Menschen mit mittlerer Belastung sei es sogar nur jeder Zehnte.

### Angst vor neuem Kostenschub

Die bürgerlichen Parteien sind von den Folgerungen des BAG wenig begeistert. «Ist es nötig, jede Lebenskrise medizinisch zu therapieren?», fragt CVP-Nationalrätin Ruth Humbel (AG). Und Ratskollege Jürg Stahl (SVP, ZH) doppelt nach: «Man kann die Bevölkerung auch künstlich krankmachen.» Beide lehnen es ab, den Leistungskatalog der Grundversicherung wie vorgeschlagen zu erweitern. «Mit viel Aufwand haben wir das Kostenwachstum im Gesundheitswesen etwas in den Griff bekommen. Da sollten wir nicht dem Begehren einer neuen Berufsgruppe nachgeben, die es an die staatlichen Töpfe drängt», findet Stahl.

Unterstützung für die BAG-Pläne kommt von links. Dabei spricht sich die grüne Nationalrätin Yvonne Gilli (SG) für die weitergehende Variante aus: «Dass sich Patienten vom Arzt zum Psychologen delegieren lassen müssen, verursacht unnötigen Mehraufwand.» Überdies entspreche es den Bedürfnissen der Betroffenen, sich mit ihren sehr persönlichen und intimen Problemen direkt an eine Fachkraft zu wenden.

Immerhin ist nicht ganz ausgeschlossen, dass Berset auch die bürgerliche Mehrheit noch für sich gewinnen könnte. «Falls die heutige freie Arzt- und Therapeutenwahl durch das Managed-Care-Modell ersetzt würde, hätten wir eine bessere Ausgangslage. Wenn Psychologen eigenständige Leistungsträger innerhalb von Ärzte-Netzwerken arbeiteten, wäre eine gute Kostenkontrolle gewährleistet», meint FDP-Nationalrat Ignazio Cassis (TI). Ähnlich argumentiert auch Ruth Humbel. Die Einführung eines Managed-Care-Modells ist grundsätzlich beschlossen, wird aber mit dem Referendum bekämpft. Im Juni stimmt das Volk darüber ab.

Auf das «Anordnungsmodell» kann Berset indes unabhängig von Volk und Parlament setzen. Hierfür braucht er nur das Ja des Gesamtbundesrats.

## Nachrichten

SP

### Andy Tschümperlin umwirbt bereits BDP und Grünliberale

Dem frisch gewählten SP-Fraktionspräsidenten Andy Tschümperlin weht ein steifer Wind entgegen: Die Jungsozialisten (Juso) kritisieren seine Wahl. Sie werfen den Mitgliedern der SP-Bundeshausfraktion in einem offenen Brief vor, sie hätten sich gegen die Konkurrentin Jacqueline Fehr entschieden, «weil ihr keine starke, linke Führung wünscht, um euch weniger der Partei und mehr euren eigenen Interessen widmen zu können». Tschümperlin umwirbt derweil bereits BDP und Grünliberale. Mit ihnen will er verstärkt Mehrheiten im Parlament bilden, wie er dem «SonntagsBlick» sagte. Der Schwyzler Nationalrat wird das Amt schon nächste Woche antreten. Er folgt auf Ursula Wyss, die ihr Amt abgibt, weil sie in die Berner Stadregierung wechseln möchte. (SDA)

Grüne

### Antonio Hodgers als Fraktionschef bestätigt

Die Bundeshausfraktion der Grünen hat am Wochenende ihren Fraktionspräsidenten Antonio Hodgers wiedergewählt. Der 36-jährige Genfer Nationalrat hatte erst im Dezember 2010 die Baselbieterin Maya Graf abgelöst. Seine Wiederwahl war Formsache. (SDA)